

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 103 (2023)
Heft: 1111

Rubrik: Politik für Zyniker ; Markt und Moneten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITIK FÜR ZYNIKER

Karriererepolitiker übernehmen

Max Weber schrieb 1919: «Es gibt zwei Arten, aus der Politik seinen Beruf zu machen. Entweder: man lebt für die Politik – oder aber: von der Politik.» Das schweizerische Milizsystem entspricht der ersten Variante. Doch Schweizer Politiker verlegen sich zunehmend auf die zweite: Politik ist zu einer gewöhnlichen Karrierelaufbahn geworden, die meisten Bundesparlamentarier gehören inzwischen dem Typus des Berufspolitikers an. Gemäss einer Befragung von 2017 wenden Nationalräte im Schnitt fast 90 Prozent ihrer Arbeitszeit für die Politik auf, Ständeräte über 70 Prozent.

Wie dominant Berufspolitiker sind, zeigt auch der Blick auf die Kandidaten für die Nachfolge von SP-Bundesrat Alain Berset. Sämtliche Anwärter sind faktisch professionelle Politiker, die (mit Ausnahme von Daniel Jositsch) meist schon früh voll auf die Karte Politik setzten. Einst war Bundesrat ein Karrierewechsel: vom angestammten Beruf zum Vollzeitamt als Landesvater oder -mutter. Heute hat die Wahl in den Bundesrat eher den Charakter einer Beförderung.



Lukas Leuzinger

ist stellvertretender Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.

Die Vorbereitung darauf beginnt meist schon Jahre vorher. Wer nicht seine ganze Zeit für die Politik aufwendet, bringt es heute in der Schweizer Politik zu gar nichts mehr. Die wenigen Milizparlamentarier, die es noch gibt, üben daneben eine Tätigkeit aus, die eng mit ihrem Amt zusammenhängt, oder fristen ein Dasein als Hinterbänkler ohne Einfluss.

Politiker ohne Standbein in der realen Wirtschaft verlieren den Bezug zum realen Leben. Sie sind von ihren eigenen Entscheiden kaum betroffen. Das grössere Problem ist, dass Politiker von ihrem Amt abhängig werden – auch finanziell. Wahlen werden für sie zum Karriererisiko.

Je mehr Politiker auf ihr Amt angewiesen sind, desto mehr Ressourcen müssen sie dafür investieren. Und je mehr sie investieren, desto weniger kommen sie für einen Job ausserhalb der Politik in Frage. Permanente, realitätsfremde Berufspolitiker sind auch wenig dazu veranlagt, Staatswachstum und Regulierungsanbau zu unterbinden, und sägen so am Ast, auf dem sie als Behüter unserer Freiheiten sitzen.

MARKT UND MONETEN

Schweiz auf Blackout-Kurs

Der Bundesrat schreibt in der Energiestrategie 2050, die Stromversorgung der Schweiz sei heute sicher und werde mit der Energiestrategie noch sicherer. Beide Aussagen sind falsch; die Energieversorgung ist heute so unsicher wie noch nie. Die Schweiz ist bei fossilen Brennstoffen und beim Winterstrom sehr stark vom Ausland abhängig. Es besteht offensichtlicher Handlungsbedarf: bei der Lagerung fossiler Energieträger, bei der Planung neuer Atomkraftwerke (AKW), bei zuverlässigen Lieferverträgen für Strom und Erdölprodukte, beim Ausbau der Wasserkraft.

Bundesrat und Parlament tun jedoch das Gegenteil: Unter der Energiestrategie 2050 sollen AKW abgestellt und fossile Brennstoffe reduziert werden; Dieselmotoren und Ölheizungen sollen mit Verboten und Subventionen durch Elektroautos und Wärmepumpen ersetzt werden. Dadurch steigt der jährliche Stromverbrauch von heute 60 Terawattstunden (TWh) auf künftig 90 an. Durch die Abschaltung der AKW gehen zudem 24 TWh verloren.

Die entstehende Stromlücke von 54 TWh entspricht etwa der Leistung von 7 AKW in der Grösse von Gösgen und soll hauptsächlich mit Photovoltaik gedeckt werden. Das wiederum entspricht der Leistung von mehr als 3000 Anlagen der Grösse von Gondosolar, einem Projekt, das soeben von der Walliser Bevölkerung aufgeschoben respektive versenkt wurde. Dazu kommen der Umbau des Stromnetzes, um Strom aus dem Gebiet der Solaranlagen in die Produktions- und Wohnzentren der Schweiz zu führen, die noch unbekannteren Speichertechnologien für Strom sowie der Bau vieler Gaskraftwerke, um rasch den ausbleibenden Wind- und Sonnenstrom zu ersetzen. Es ist alles reine Utopie: Bundesrat und Parlament steuern die Schweiz direkt auf einen Blackout zu.

Der Ausweg liegt auf der Hand: unverzüglich mit der Planung für neue AKW beginnen (was schon heute rechtlich zulässig wäre). Lieferabkommen mit zuverlässigen Nachbarländern und Produzenten abschliessen. Und die Energiepolitik konsequent auf Sicherheit und Unabhängigkeit ausrichten.



Alexandra Janssen

leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.